

Da geht's lang



Themenheft Bundestagswahl. Am 23. Februar wählen die Menschen in Deutschland ein neues Parlament. Die künftige Bundesregierung steht vor großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Zu den wichtigsten zählt, sowohl die staatlichen als auch die unternehmerischen Investitionen anzukurbeln. Eine langfristig tragfähige Reform der Sozialsysteme ist ebenfalls überfällig. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage muss die Politik ihre Vorhaben zudem solide finanzieren. Klar ist: Einfache Lösungen für die bestehenden Probleme gibt es nicht – umso mehr ist die kommende Regierung gefordert, die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Kurs zu überzeugen, wie IW-Politikexperte Matthias Diermeier im iwd-Interview betont.

Vier Bausteine für mehr Wirtschaftswachstum

Investitionen. Deutschland investiert seit vielen Jahren zu wenig – mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft. Eine aktuelle IW-Studie zeigt auf, welche Schritte die künftige Bundesregierung gehen müsste, um die Investitionstätigkeit sowohl des Staates als auch der Unternehmen anzukurbeln.

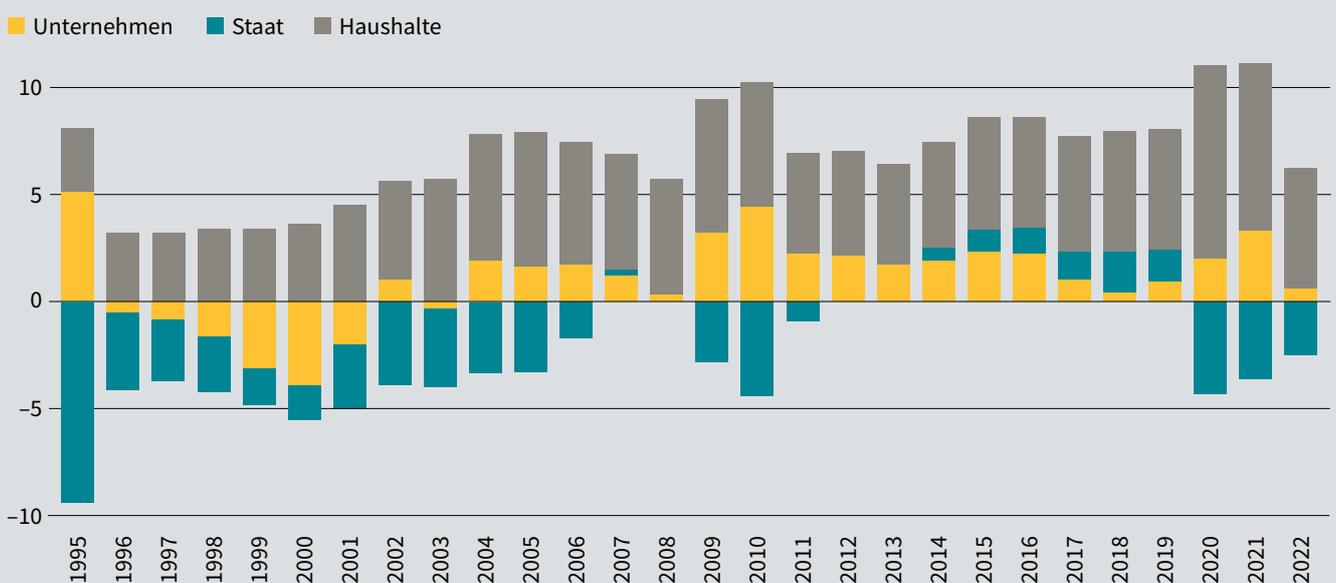
Dass in Deutschland Brücken einstürzen, Militärhubschrauber am Boden bleiben, der Wohnraum knapp ist und die Wirtschaft stagniert, hat einen Hauptgrund: Es wird zu wenig investiert. Sowohl der Staat als auch die Unternehmen haben sich jahrelang zurückgehalten, wie ein Blick auf die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung zeigt (Grafik):

Seit über einem Jahrzehnt besteht in Deutschland eine ausgeprägte Investitionsschwäche.

Während es für private Haushalte ganz normal ist, Ersparnisse anzulegen, haben sich im langfristigen Zeitverlauf auch der Unternehmenssektor und der Staat zu spendenden Sektoren entwickelt – also Finanzvermögen aufgebaut oder Verbindlichkeiten getilgt.

Investitionen: Große Lücken

Negative Finanzierungssalden des Staates und der Unternehmen zeigen an, dass diese Sektoren Investitionen finanzieren. Finanzierungssalden in Deutschland in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Negative Salden: Abnahme von Finanzvermögen beziehungsweise Zunahme von Verbindlichkeiten innerhalb eines Jahres
Positive Salden: Aufbau von Finanzvermögen beziehungsweise Tilgung von Verbindlichkeiten innerhalb eines Jahres

Quelle: OECD
© 2025 IW Medien / iwd

Zwischen 2012 und dem Ausbruch der Coronapandemie Anfang 2020 hatte die staatliche Schuldentilgung in jedem Jahr Vorrang vor neuen Investitionen. Mit Erfolg: Die Schuldenquote sank von 80 auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zwar hat sich der Staat in den darauffolgenden Jahren stark verschuldet, um die Pandemie und deren Folgen zu überwinden. Doch er investierte die aufgenommenen Mittel größtenteils nicht in die staatliche Infrastruktur, sondern finanzierte Unterstützungsmaßnahmen für die von den Lockdowns betroffenen Betriebe. Ähnlich war es nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs: Der Staat initiierte erneut milliarden-schwere Unterstützungsmaßnahmen – diesmal für die von der Energiepreiskrise betroffenen Unternehmen -, sodass auch diese Gelder nicht in Infrastrukturinvestitionen flossen.

Auf der Unternehmensseite sah es nicht besser aus. Auch dieser Sektor wandelte sich kurz nach der Jahrtausendwende von einem Netto-Schuldner zu einem Netto-Sparer. Gründe dafür waren die wachsende Unsicherheit, die Betriebe dazu veranlasste, höhere Liquiditätsreserven zu halten, sowie eine Steuerreform, die einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne gleichermaßen besteuert und so den Anreiz zum Aufbau von Eigenkapitalpuffern erhöhte. Auch die 2005 in Kraft getretene Bankenregulierung Basel II hielt Unternehmen zum stärkeren Eigenkapitalaufbau an.

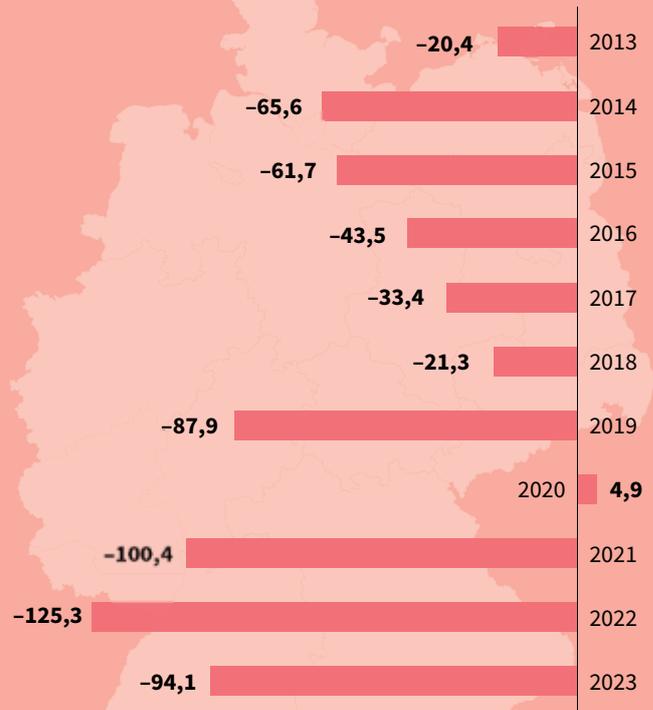
Die Unternehmen in Deutschland haben in der Vergangenheit zwar nicht komplett aufgehört, neue Maschinen und Anlagen anzuschaffen oder moderne IT-Ausstattungen zu kaufen, doch sie haben dies immer häufiger im Ausland getan als in der Heimat. Die Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland haben zuletzt ebenfalls deutlich abgenommen, wie ein Blick auf die Kapitalabflüsse zeigt (Grafik):

Im Jahr 2022 kam es in Deutschland zu einem Rekordabfluss an Direktinvestitionen in Höhe von rund 125 Milliarden Euro, im Jahr 2023 waren es immerhin noch 94 Milliarden Euro – der drittgrößte Wert seit 1970.

Eine Umfrage der Europäischen Investitionsbank aus dem vergangenen Jahr benennt mehrere Faktoren für Deutschlands Investitionsschwäche: So hemmen fehlende günstige Finanzierungsmöglichkeiten rund die Hälfte der heimischen Betriebe, auch die hohe Regulierungsdichte und Infrastrukturmängel behindern Investitionen. Unsicherheitsfaktoren bezüglich der Zukunft sowie die hohen Energiekosten führen ebenfalls bei einer Reihe von Firmen dazu, dass sie viele Investitionen nicht tätigen. Das bedeutendste Problem für deutsche Unternehmen ist allerdings ein anderes (Grafik Seite 4):

Direktinvestitionen: Immense Abflüsse

So viele Milliarden Euro an Direktinvestitionen flossen netto aus Deutschland ab bzw. hierher



Direktinvestitionen: Zu- und Abfluss von Unternehmenskapital; negative Werte: Abflüsse

Quelle: Deutsche Bundesbank © 2025 IW Medien / iwd



Neun von zehn Betrieben in Deutschland betrachten den Fachkräftemangel als das größte Investitionshemmnis.

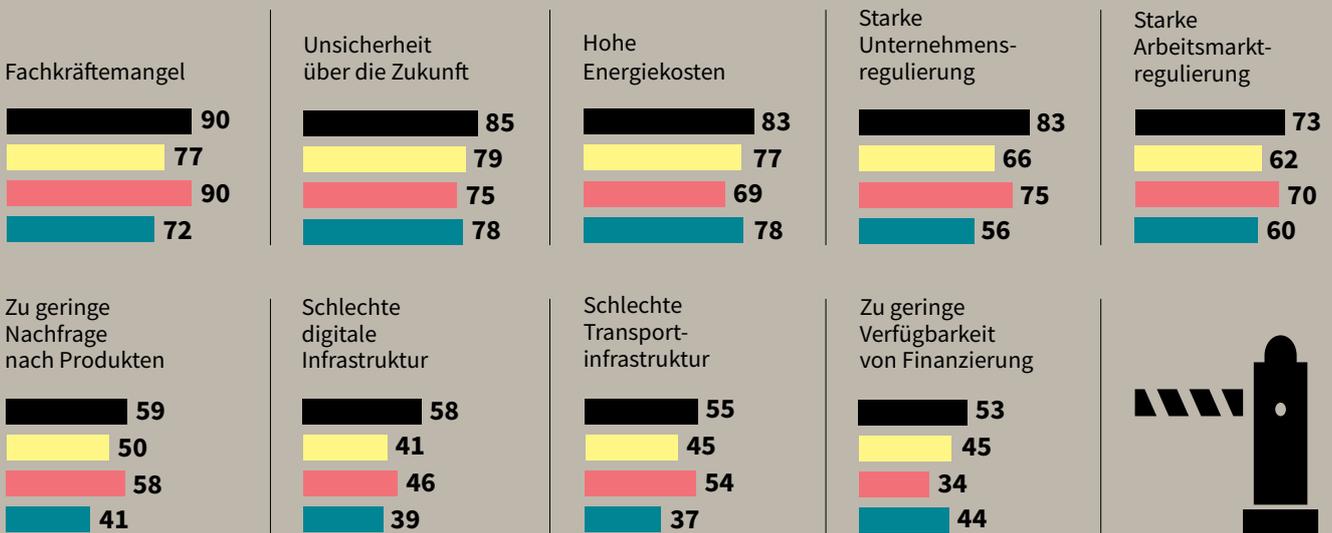
Was die Umfrage außerdem offenbart, ist, dass sich Unternehmen in Deutschland im internationalen Vergleich stärker von Investitionshemmnissen betroffen fühlen als beispielsweise Unternehmen in Frankreich oder den USA.

Die künftige Bundesregierung hat verschiedene Hebel, um einerseits notwendige öffentliche Investitionen zu tätigen und andererseits unternehmerische Investitionen zu stärken. Dies wären die Voraussetzungen dafür, dass die Produktivität und infolgedessen das Wirtschaftswachstum wieder Fahrt aufnehmen. Essenziell für die Politik sind vier Punkte:

Investitionshemmnisse: In Deutschland besonders ausgeprägt

So viel Prozent der Unternehmen aus diesen Ländern/Staatengemeinschaften betrachteten im Jahr 2024 diese Faktoren als Investitionshemmnis

■ Deutschland ■ Europäische Union ■ USA ■ Frankreich



Quelle: Europäische Investitionsbank
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

- Um die Infrastruktur zu modernisieren, braucht es ausreichende finanzielle Mittel. Laut IW-Berechnungen liegt der öffentliche Investitionsbedarf in Deutschland bei jährlich 60 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren – zusätzlich zu den aktuellen Planungen. Dieses Geld ließe sich durch eine Lockerung der Schuldenbremse oder das Einrichten eines Infrastrukturfonds bereitstellen; denkbar wäre auch, dass private Unternehmen wie die Autobahn GmbH oder die DB InfraGo AG, sofern sie über eigene Einnahmen verfügen, Darlehen aufnehmen, um die Verkehrsinfrastruktur zu sanieren und auszubauen.
- Steuerliche Anreize sollten die generellen Investitionstätigkeiten der Unternehmen befördern. Kurzfristig wären Sofortabschreibungen oder Investitionsprämien sinnvolle Optionen, auf lange Sicht würde auch eine stufenweise Senkung der Körperschaftsteuer helfen.
- In Deutschland behindert eine hochkomplexe und steigende Regulatorik entlang der gesamten Wertschöpfungskette nicht nur zunehmend das unternehmerische Wirtschaften, sondern auch notwendige Anpassungen an neue Marktbedürfnisse. So müssen beispielsweise Bauunternehmen allein im Wohnungsbau mehr als 3.300 Normen beachten. Die neue Regierung muss deshalb strukturelle Reformen angehen, um bürokrati-

sche Prozesse zu verschlanken, um Plan- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und um die Potenziale der Digitalisierung stärker zu nutzen.

- Da innovative Start-ups wichtige Treiber des Strukturwandels sind und das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft erhöhen, ihr Potenzial in Deutschland jedoch nach wie vor nur unzureichend genutzt wird, sollte die Politik den Zugang zu Wagniskapital verbessern. Bislang sind junge deutsche Unternehmen besonders oft von ausländischen Geldgebern abhängig, was Risiken birgt: So besteht die Gefahr des Kapitalabzugs in Krisenzeiten oder das Risiko der Verlagerung erfolgreicher Start-ups ins Ausland. Eine Aufgabe der neuen Bundesregierung besteht deshalb darin, mehr inländisches Kapital zu mobilisieren – etwa, indem sie es Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds erleichtert, in Wagniskapitalfonds zu investieren, oder durch eine Stärkung steuerlicher Anreize für Wagniskapitalinvestitionen.

IW-Policy Paper 2/2025

Markus Demary, Tobias Hentze, Jasmina Kirchhoff, Michael Voigtländer: Eine Agenda für mehr private Investitionen

Kommentar. Deutschland und Europa regulieren sich ins wirtschaftspolitische Abseits, warnt **Margarete Haase**. Die Vizepräsidentin der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen skizziert, weshalb es so viel Bürokratie gibt und wie eine Trendwende gelingen kann.

„Eine Überdosis Bürokratie führt in die Planwirtschaft“



Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich brauchen wir Regeln und Gesetze für größtmögliche Transparenz und einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Doch die Europäische Union und Deutschland sind mit ihrem Verständnis von Regulierung sehr weit – ja, zu weit – gegangen. Die Politik gleicht zuweilen einem Tsunami aus Regeln und Verordnungen. Vielerorts hat sie bürokratische Monster geschaffen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer beschädigen oder das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt war. Ein paar Beispiele:

- Firmen spiegeln uns, dass sie ihre ambitionierten Nachhaltigkeitspläne herunterschrauben, wenn sie mit der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) konfrontiert werden. Der Grund: Sie wollen nicht in die Falle des Greenwashings tappen.
- Wegen des Lieferkettengesetzes machen Unternehmen genau das Gegenteil dessen, was das Gesetz bewirken soll: Sie gehen auf Nummer sicher und kaufen weniger in Entwicklungsländern ein.

• Wegen des EU-AI Act, der die Anwendung künstlicher Intelligenz regelt, zögern Weltkonzerne damit, Innovationen in der EU einzuführen – etwa Apple mit dem iPhone 16, das hierzulande nur ohne Apple Intelligenz zu haben ist.

In Brüssel macht schon der Witz die Runde, dass die Vereinigten Staaten erfinden, China produziert und Europa reguliert. Der Gag hat leider einen sehr realen Kern.

Dabei muss Bürokratie nicht zwingend schlecht sein: Viele dort tätige Unternehmer sagen, Regulierung in den USA fördere eher Wirtschaftswachstum. Dagegen strangulieren EU-Regulierungen die Wirtschaft vor allem und führen zu Wettbewerbsnachteilen.

Meine Beobachtung ist Folgende: Viel zu oft verlieren Regulatoren ihr eigentliches Ziel aus den Augen – den Trade-off zwischen Wohlstand und Wachstum einerseits und dem Schutz von Konsumenten andererseits. Die Politik beschließt darüber hinaus in vielen Fällen neue Regeln, ohne zuvor wichtige Experten einzubeziehen.

Hinzu kommt mittlerweile der Irrglaube, dass Klimaschutz nur durch Verzicht und Degrowth zu erreichen ist. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Ohne Wirtschaftswachstum sind weder die Transformation noch der Sozialstaat zu finanzieren.

Zwei Entwicklungen sind dafür verantwortlich, dass die Politik die Belange der Wirtschaft aus den Augen verloren hat: der Dieselskandal und die Finanzmarktkrise. Seither zieht der Staat immer mehr Aufgaben an sich und befragt die Betroffenen immer seltener. Das muss sich sofort ändern.

Die Entscheider sollten die Auswirkung jeder Regulierung mit Blick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen bewerten. Gleiche Wettbewerbsbedingungen müssen das Ziel sein – gerade für kleine und mittlere Unternehmen.

Außerdem sollte die Soziale Marktwirtschaft die Grundlage jeder Regelung sein: „Ja“ zu einem Ordnungsrahmen, aber „Nein“ zu Regelungen bis ins kleinste Detail. Eine Überdosis Bürokratie führt in die Planwirtschaft.

Viele Rechnungen gehen nicht auf

Wahlprogramme Steuern. Alle großen Parteien wollen im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl Steuern senken – und das teils ausgesprochen großzügig. Konkrete Antworten auf die Frage, wie sie die Entlastungen finanzieren wollen, bleiben die Parteien allerdings überwiegend schuldig.

Ob bei der Online-Schnäppchenjagd, im Urlaubskatalog oder in Immobilienanzeigen: traumhafte Angebote, wohin man schaut. Doch oft ist die Enttäuschung hinterher groß – die angepriesene Designerhose erweist sich als Billigware, das versprochene Luxushotel ist nur Fassade und das angebliche Traumhaus ist ein Sanierungsfall. Und am Ende ist alles viel teurer als gedacht.

In der Politik, sollte man meinen, verbieten sich solche Lockangebote. Schließlich erheben die zur Bundestagswahl antretenden großen Parteien den Anspruch, Deutschland vernünftig regieren zu wollen und den Bundesbürgern seriöse Konzepte vorzulegen.

Allerdings: So richtig der Ansatz ist, wirtschaftliche Dynamik über Steuersenkungen zu fördern, lassen die Wahlprogramme doch die Frage weitgehend offen, wie die teils üppigen Entlastungen trotz der klammen öffentlichen Kassen finanziert werden sollen (Grafik):

CDU/CSU beispielsweise wollen Bürger und Unternehmen in Deutschland unterm Strich um mehr als 90 Milliarden Euro entlasten, bei den Grünen sind es gut 50 Milliarden Euro.

Die FDP hat sich sogar Entlastungen von etwa 155 Milliarden Euro auf die Fahnen geschrieben, getoppt nur

noch von der AfD, die die Bundesbürger um gut 180 Milliarden Euro reicher machen will.

Mit welchen Maßnahmen sie die Wähler zu überzeugen versuchen, ist von Partei zu Partei unterschiedlich:

CDU/CSU. Die Unionsparteien haben zuvorderst die Einkommensteuer im Visier:

CDU/CSU wollen den Einkommensteuertarif abflachen – würde dieses Konzept umgesetzt, hätten die Steuerzahler schätzungsweise 38 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.

Außerdem will die Union Arbeitnehmer, die Überstunden leisten, und Rentner, die weiterhin einem Job nachgehen, steuerlich besserstellen. Und für die Gastronomie soll ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz gelten – all diese Maßnahmen würden weitere 10 Milliarden Euro kosten. Und auch den Unternehmen wollen CDU/CSU Gutes tun, indem sie die Körperschaftsteuer senken, den Soli abschaffen und Abschreibungsregeln attraktiver gestalten. Für den Fiskus würden das Mindereinnahmen von mehr als 30 Milliarden Euro bedeuten.

SPD. Der größte Posten in den Plänen der Sozialdemokraten zielt auf die Belebung der Wirtschaft ab:

Unternehmen sollen eine Prämie für Investitionen in Maschi-

nen und Geräte erhalten, die schätzungsweise 20 Milliarden Euro kosten würde.

Bei der Einkommensteuer will die SPD die Normalverdiener um rund 15 Milliarden Euro entlasten, im Gegenzug dafür unter anderem den Spitzen- und Reichensteuersatz anheben und die Erbschaftsteuerregelungen verschärfen.

Bündnis 90/Die Grünen. Von ihren Vorhaben sollen vor allem Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen profitieren:

Eine Anhebung des Grundfreibetrags und die Einführung eines Klimagelds würden den Grünen zufolge die Bundesbürger um mehr als 20 Milliarden Euro entlasten.

Zusätzlich sollen Stromsteuer und Netzentgelte sinken, was auch Unternehmen zugutekäme. Zudem wollen auch die Grünen die Investitionen der Firmen durch eine Prämie ankurbeln.

FDP. Von den etablierten Parteien geben sich die Liberalen am großzügigsten:

Indem sie den Einkommensteuertarif schrittweise abflacht, möchte die FDP die Belastung der Steuerzahler um insgesamt rund 97 Milliarden Euro reduzieren.

Die Besteuerung der Unternehmen soll auf 25 Prozent und damit auf einen international konkurrenz-

Parteien versprechen hohe Entlastungen

In ihren Programmen zur Bundestagswahl stellen die meisten Parteien teils hohe Steuersenkungen in Aussicht. Wie das alles finanziert werden soll, geht aus den Programmen teils nur allgemein oder gar nicht hervor.

Um schätzungsweise so viele Milliarden Euro wollen die Parteien in diesen Bereichen der Steuerpolitik die Bürger und Unternehmen entlasten (-) beziehungsweise belasten

	Die Linke	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	BSW	CDU/CSU	FDP	AfD
Einkommensteuer	-37	-6	-13	-73	-46	-97	-95
Körperschaft- und Gewerbesteuer	78				-20	-20	-17
Investitionsprämie		-20	-20				
Solidaritätszuschlag			-7		-13	-13	-13
Umsatzsteuer	-30	-4		-16	-4	-4	-5
Stromsteuer/Netzentgelte	-5	-10	-10	-5	-10	-5	-5
Kapitalertrag-/Abgeltungsteuer	7	7	7	7		-1	-2
Erbschaftsteuer	17	3	3	3	-1	-1	-10
Vermögenssteuer	123	5	1	15			
Klimageld	-28		-12			-12	
Luftverkehrssteuer	8					-2	-2
Grundsteuer							-16
CO ₂ -Abgabe				-16			-16
Finanztransaktionssteuer	36						



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

fähigen Satz sinken. Zudem will die FDP den Soli endgültig abschaffen und die Umsatzsteuer in der Gastronomie auf 7 Prozent senken.

AfD. Die Rechtsaußen-Partei verspricht von allen Parteien am meisten: Mehrere Steuern und Abgaben will die AfD komplett streichen, darunter die Grund-, die Erbschaft- und die Luftverkehrssteuer sowie den Soli und die CO₂-Abgabe. Zusätzlich sollen unter anderem ein deutlich höherer Grundfreibetrag in der Einkommensteuer sowie der

Ausbau des Ehegatten- zum Familiensplitting die Wähler beglücken.

Bleibt die Frage, wie die Parteien die in Aussicht gestellten Steuerergeschenke finanzieren wollen. Die SPD hat hierauf eine einfache Antwort: Teile der Entlastungen werden durch die genannten Steuererhöhungen ausgeglichen, den Rest soll eine Reform der Schuldenbremse und damit eine höhere Staatsverschuldung hergeben. Auch die Grünen setzen auf eine zusätzliche Kreditaufnahme – sei es über eine refor-

mierte Schuldenbremse oder einen Deutschlandfonds.

Union und FDP wollen dagegen an der Schuldenbremse festhalten. Einsparungen sind daher zwingend, die jedoch in den Wahlprogrammen nicht quantifiziert werden. Die AfD will nicht nur Steuern senken, sondern auch noch für Rente und Familien mehr ausgeben, ohne dabei die Schuldenbremse zu ändern – was die Finanzierbarkeit ihrer Wahlversprechen vollends unglaubwürdig werden lässt.

Die Quadratur des Kreises

Sozialsysteme. Der demografische Wandel schlägt in den Sozialversicherungen ab jetzt voll durch. Doch anstatt substanzielle Änderungen anzugehen, versuchen die Parteien irgendwie, den Status quo aufrechtzuhalten. Das kann nicht funktionieren.

Millionen von Arbeitnehmern in Deutschland haben Ende 2024 Post von ihrer Krankenkasse bekommen. Darin enthalten: die Ankündigung für steigende Zusatzbeiträge im Jahr 2025. Das könnte in Zukunft regelmäßig der Fall sein, denn der demografische Wandel macht sich inzwischen deutlich bemerkbar:

Mehr Ruheständler und das Altern der geburtenstarken Jahrgänge belasten die Sozialsysteme erheblich, da sowohl mehr Geld für die Rentenempfänger als auch mehr Ausgaben für die Behandlung und Versorgung der Alten nötig sind. Zusammen mit der Tatsache, dass demnächst geburtenschwächere Jahrgänge in den Arbeitsmarkt eintreten, ergibt sich bei konstanten Beitragssätzen automatisch eine Unterfinanzierung.

Die Politik hat das lange bekannte Problem über Jahrzehnte vor sich hergeschoben und ist vor weitreichenden Reformen zurückgeschreckt. Ein Umdenken ist bislang nicht erkennbar:

In den Wahlprogrammen der etablierten Parteien zur Bundestagswahl 2025 finden sich eher Wunschvorstellungen statt konkreter Problemlösungen für die Sozialsysteme.

So wollen Politiker unterschiedlicher Parteien die Beitragssätze für Kranken-, Arbeitslosen-, Pflege- und Rentenversicherung insgesamt bei rund 40 Prozent des Bruttoeinkommens halten. In diesem Jahr beträgt die durchschnittliche Abgabe 41,9 Prozent.

Gleichzeitig versprechen sie ein stabiles Rentenniveau und ein weiterhin umfangreiches Leistungsportfolio in der Krankenversicherung sowie eine ausgeweitete Unterstützung in der Pflege. Dass diese Rechnung nicht aufgehen kann, sollte allen klar sein.

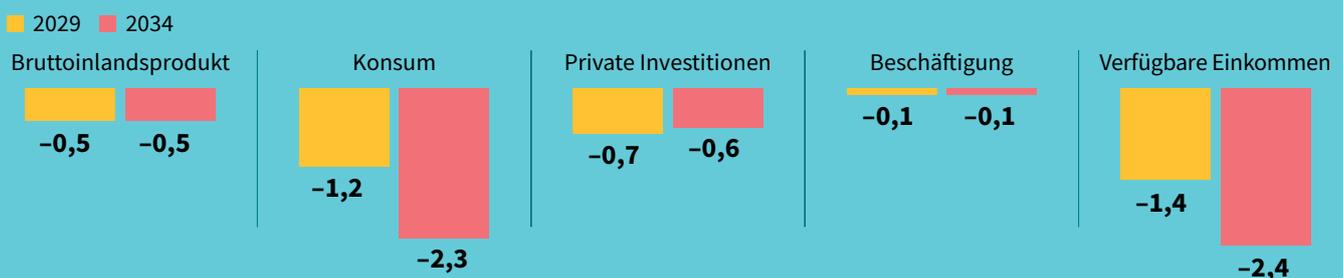
Die fehlenden Reformen und Einschnitte werden zu weiter steigenden Beiträgen führen. Wie sich das mittel- bis langfristig auf die deutsche Wirtschaft auswirkt, hat das IW mithilfe des Modells von Oxford Economics simuliert (Grafik):

Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2029 bei weiter steigenden Sozialabgaben um 0,5 Prozent niedriger liegen als bei konstanten.

Den größten negativen Einfluss hätten höhere Beiträge auf die verfügbaren Einkommen und auf den privaten Konsum. Aber auch die privaten Investitionen würden deutlich zurückgehen.

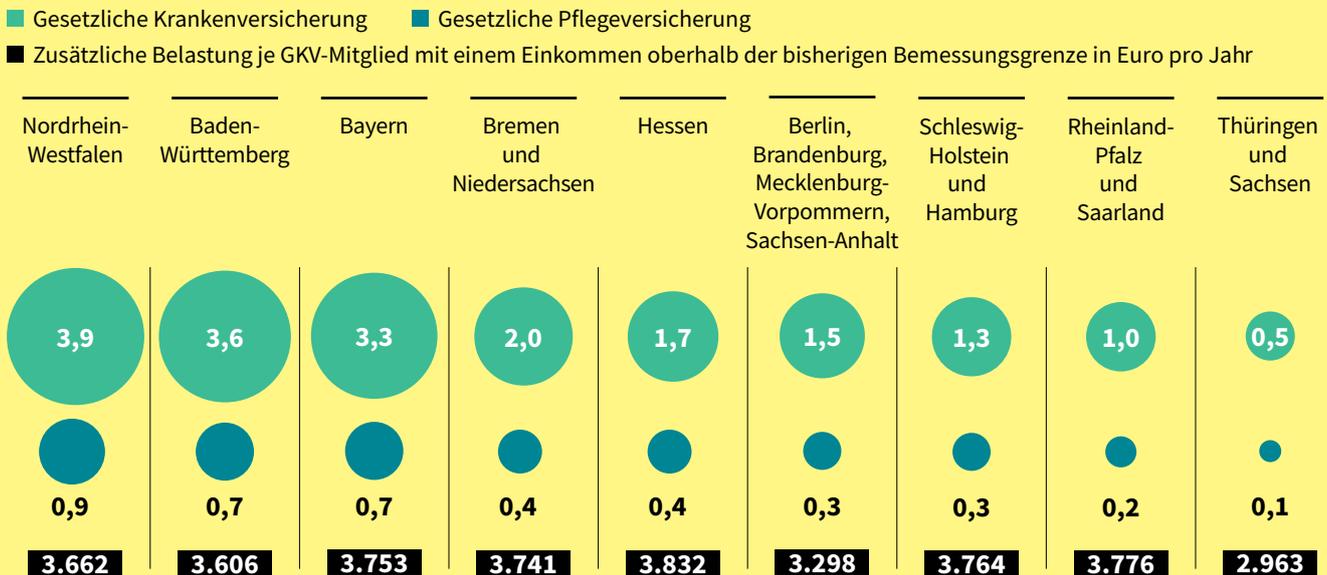
Die Folgen steigender Sozialversicherungsbeiträge

Die Abgaben für die gesetzlichen Sozialversicherungen in Deutschland steigen laut IGES-Institut bis zum Jahr 2030 auf 45,5 Prozent und bis 2035 auf 48,6 Prozent des Bruttoeinkommens. Das IW hat berechnet, um wie viel Prozent diese wirtschaftlichen Kennzahlen dadurch vom Basisszenario – die Abgaben bleiben konstant bei den vom IGES für 2025 zugrunde gelegten 41,7 Prozent – abweichen.



Sozialversicherungen: Die Effekte neuer Bemessungsgrenzen

So viele Milliarden Euro würden gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung in diesen Regionen mehr einnehmen, wenn die Beitragsbemessungsgrenzen in beiden Sozialversicherungen auf das der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben würden; Simulation auf der Basis von Daten für 2023



Zusätzliche Belastung je GKV-Mitglied: Betrag ist zu gleichen Teilen vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu tragen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Um kurzfristig die Systeme zu stützen, debattiert die Politik unter anderem über höhere Beitragsbemessungsgrenzen. Konkret sollen die Grenzen, bis zu denen das Einkommen beitragspflichtig ist, in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf das Niveau der Rentenversicherung steigen. Dadurch käme mehr Geld in die Kassen (Grafik):

Eine höhere Beitragsbemessungsgrenze würde knapp 23 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Sozialsysteme bedeuten.

Für gesetzlich Versicherte mit einem Bruttoeinkommen oberhalb der bisherigen Berechnungsgrenze würde das im Schnitt 3.646 Euro pro Jahr zusätzlich kosten.

Dabei müssten sowohl die Beschäftigten als auch die Unternehmen ordentlich drauflegen. Denn aufgrund der paritätischen Aufteilung der Beitragssätze zahlen die Arbeitgeber die Hälfte der zusätzlich fälligen Sozialabgaben. Zudem wäre die Anhebung der Bemessungsgrenze nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da die zusätzlichen Einnahmen unterm Strich gerade einmal die Kostensteigerungen von diesem Jahr decken könnten.

Es ist daher an der Zeit, dass sich die Politik nicht weiter an der Quadratur des Kreises versucht, sondern den Herausforderungen entsprechend handelt:

In erster Linie braucht Deutschland mehr Ausgabendisziplin. Dazu gehören vor allem Begrenzungen und Einschnitte in das Leistungsversprechen der Sozialversicherungssysteme.

In der gesetzlichen Alterssicherung muss die regelgebundene Rentenanpassung beibehalten werden, auch wenn damit das Sicherungsniveau sukzessive sinkt. Langfristig führt kein Weg an einer längeren Lebensarbeitszeit vorbei, um mehr Beiträge in die Kasse zu spülen. Kurzfristig sollte die neue Regierung die bestehenden Optionen und Anreize für einen vorzeitigen Renteneintritt abschaffen.

In der Kranken- und in der Pflegeversicherung muss zudem stärker das Motto gelten: Nur was bei beschäftigungsverträglichen Beitragssätzen eingenommen wird, kann auch ausgegeben werden. Das impliziert, dass gewisse Leistungen künftig privat finanziert werden müssen.

IW-Policy Paper 3/2025

Michael Hüther, Thomas Obst, Jochen Pimpertz:
Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten die Wettbewerbsfähigkeit

Haltung gefordert?

Unternehmen. Viele Bundesbürger sehen es kritisch, wenn sich das Unternehmen, in dem sie arbeiten, politisch positioniert. Ein Engagement gegen die AfD befürworten allerdings mehr als vier von zehn Befragten. Dabei nimmt ein großer Teil der Beschäftigten gar nicht wahr, dass ihre Firma bereits gegen die Rechtspopulisten Flagge zeigt.

In den USA bemühen sich derzeit zahlreiche namhafte Unternehmer um die Gunst des wiedergewählten Präsidenten Donald Trump – und das trotz seiner populistischen und in Teilen keinesfalls wirtschaftsfreundlichen Agenda. Auch in europäischen Ländern wie Frankreich, Italien oder Ungarn stützen Teile der Wirtschaft politische Kräfte am rechten Rand schon seit Längerem.

In Deutschland dagegen hat nicht zuletzt die Debatte um die von der AfD mehr oder weniger offen geforderte „Remigration“ dazu geführt, dass sich Unternehmen sowie Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände in zuvor nicht gekanntem Ausmaß klar von rechten politischen Kräften abgegrenzt haben:

Mehr als zwei Drittel der deutschen Unternehmen sehen es mittlerweile als ihre Aufgabe oder die der sie vertretenden Verbände und Kammern an, sich grundsätzlich gegen die AfD zu stellen.

Nun stehen politische Aktivitäten der Wirtschaft häufig im Verdacht, mit teils illegitimen Mitteln auf eigene Vorteile abzielen – so lösen Großspenden an Parteien regelmäßig hitzige Debatten in der Öffent-

lichkeit aus. Vor diesem Hintergrund hat das IW knapp 3.300 erwachsene Bundesbürger gefragt, wie sie generell zur politischen Positionierung von Unternehmen stehen. Die Ergebnisse passen erst mal zur vermuteten Skepsis (Grafik):

Insgesamt ist nur ein Viertel der Menschen in Deutschland der Meinung, Unternehmen sollten sich aktiv politisch äußern.

Demgegenüber lehnen 41 Prozent der Befragten solche Bekenntnisse klar ab, während 34 Prozent unentschieden sind. Von jenen, die den Grünen oder den Linken nahestehen, nimmt immerhin jeweils gut ein Drittel die Wirtschaft entsprechend in die Pflicht.

Insgesamt deutlich offener sind die Bürgerinnen und Bürger, wenn es um ein Engagement der Unternehmen gegen die Parteien an den politischen Rändern geht. So ist gut die Hälfte der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen der Auffassung, das Unternehmen, in dem sie selbst arbeiten, solle sich klar gegen das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) positionieren. Diese Meinung vertreten auch etwa vier von zehn Wählern der SPD und der Linken.

Noch wesentlich höher sind die Werte mit Blick auf ein Engagement gegen die AfD, wobei eine Wählergruppe besonders hervorsticht:

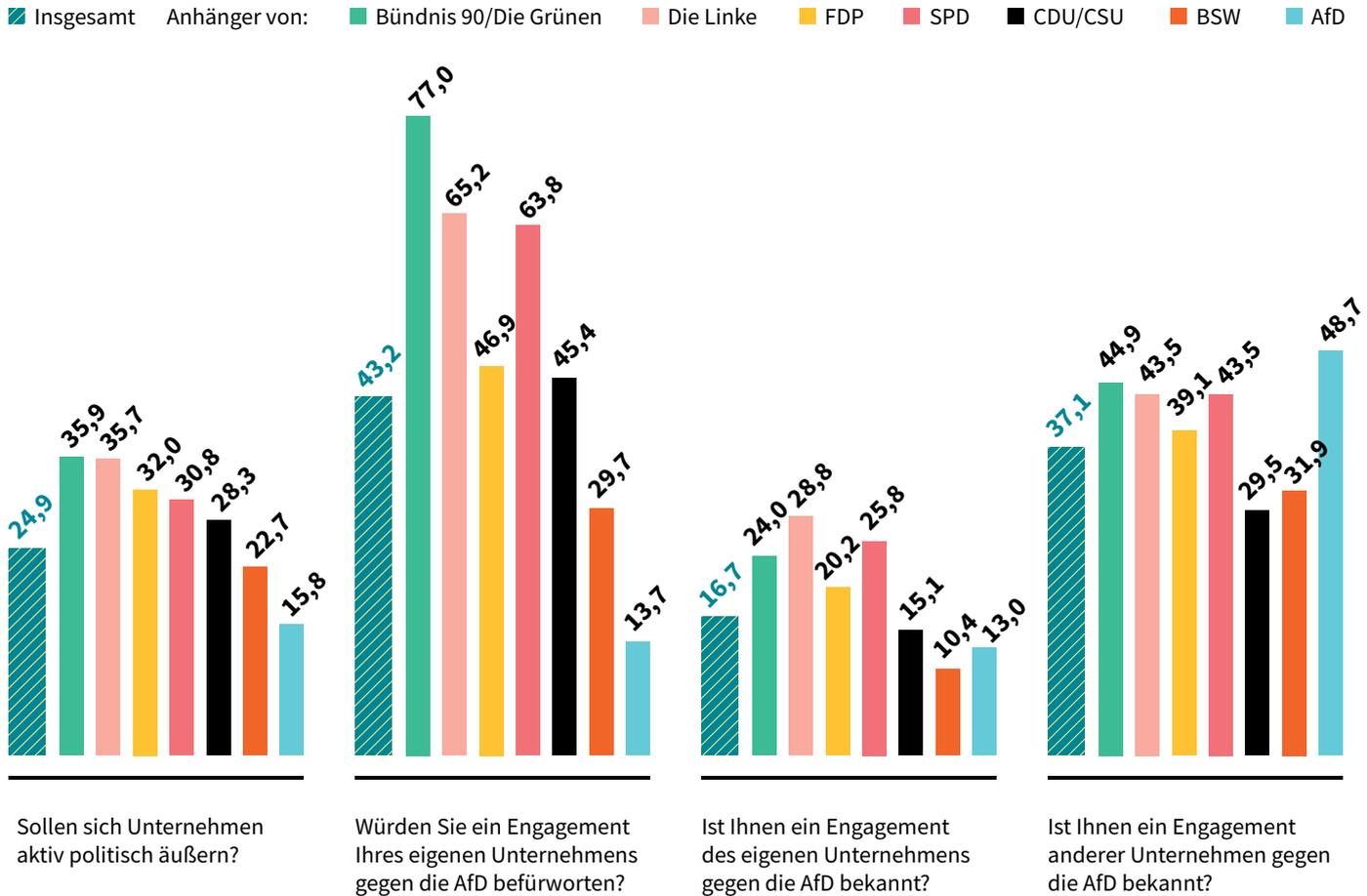
Mehr als drei Viertel der Grünen-Anhänger finden, das Unternehmen, in dem sie beschäftigt sind, solle eine klare Position gegen die AfD beziehen.

Jene, die den Linken oder der SPD nahestehen, sind zu fast zwei Dritteln dieser Auffassung. Allerdings ist das Gefälle zwischen den Parteien in dieser Frage groß: Von den befragten BSW-Wählern wünschen sich weniger als 30 Prozent ein Engagement ihres Unternehmens gegen die AfD. Insgesamt befürworten gut 43 Prozent der Befragten eine Anti-AfD-Positionierung des Unternehmens, für das sie tätig sind.

Was noch auffällt: Generell empfinden Menschen, die mit der Demokratie hierzulande unzufrieden sind, die AfD überdurchschnittlich häufig als wählbar und lehnen ein Engagement von Unternehmen gegen diese Partei entsprechend stärker ab. Stellt man dagegen auf die Zufriedenheit der Befragten mit dem eigenen Leben ab, besteht kein solcher Zusammenhang.

Politisches Engagement: Was die Bürger von Unternehmen erwarten

So viel Prozent der Bundesbürger beantworteten die folgenden Fragen mit „Ja“



Antwort „Ja“: „Voll und ganz“ und „Eher ja“
 Quotenrepräsentative Befragung von 3.267 Bundesbürgern ab 18 Jahren im Dezember 2024
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

iwd

Nun ist der Wunsch vieler Befragten, die Firmen sollten gegen die AfD Flagge zeigen, offenbar gar nicht so weit von der Realität entfernt. Denn im Frühjahr 2024 engagierte sich nach eigenen Angaben bereits mehr als jedes zweite Unternehmen in Deutschland betriebsintern oder auch nach außen hin gegen die Rechtsaußen-Partei. Nur: Viele Beschäftigte bekommen davon offenbar nichts mit:

Weniger als 17 Prozent aller befragten Bundesbürger geben an, von einem Engagement ihres

Unternehmens gegen die AfD zu wissen.

Dieser niedrige Wert ist für Wirtschaftsforscher allerdings wenig überraschend. Denn aus bisherigen Studien weiß man, dass auch das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen den jeweiligen Mitarbeitern nur bedingt bekannt ist.

Von den AfD-Wählern sagen sogar nur 13 Prozent, sie wüssten von Äußerungen ihrer Firma gegen diese Partei. Dafür liegen deren Sympathisanten ganz vorn, wenn es darum geht, ob sie andere Unternehmen

kennen, die sich gegen die AfD engagieren: Während 37 Prozent aller Bundesbürger dies bejahen, liegt der Anteil unter den AfD-Anhängern bei fast 49 Prozent. Offenbar haben die Fans von Alice Weidel kritische Wortmeldungen zur AfD aus dem Unternehmerlager besonders aufmerksam verfolgt.

IW-Kurzbericht 9/2025

Knut Bergmann, Matthias Diermeier: Wahrnehmung von politischem Engagement von Unternehmen

Mächtig verschätzt

Inflation. Obwohl sich der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland im vergangenen Jahr weitestgehend normalisiert hat, nimmt die Mehrheit der Bundesbürger die Inflationsrate weiterhin als hoch wahr. Besonders groß ist die Kluft zwischen Empfinden und Wirklichkeit bei Anhängern von AfD und BSW.

Erst war das Gas knapp, dann wurden Lebensmittel, Benzin, Strom sowie viele andere Rohstoffe und Konsumgüter sprunghaft teurer: Durch die Energiekrise schossen in zahlreichen Ländern die Preise in die Höhe – auch in Deutschland betrug die Inflationsrate im Schnitt des Jahres 2022 fast 7 Prozent, 2023 lag sie bei knapp 6 Prozent. Im vergangenen Jahr normalisierte sich die Preisentwicklung allerdings weitestgehend und lag mit 2,2 Prozent nur knapp über dem von der Europäischen Zentralbank vorgegebenen Zielwert von 2 Prozent.

Dass das Preisniveau hierzulande wieder stabil ist, scheint allerdings noch nicht in den Köpfen der Menschen angekommen zu sein (Grafik):

Mehr als jeder zweite vom IW Befragte hat den Eindruck, die Preise seien im Jahr 2024 stark gestiegen.

Im Schnitt schätzen die Bundesbürger die Inflationsrate auf rund 15 Prozent. Dass die Menschen die Inflation so überschätzen, könnte damit zusammenhängen, dass sie eher die langfristige Preisentwicklung im Blick haben und die hohen Inflationsraten aus den Vorjahren noch recht präsent sind. Möglicherweise prägt auch der auf lange Sicht starke Preisanstieg einzelner Konsumgüter wie Olivenöl, Zucker oder Mehl die Wahrnehmung der generellen Inflation, da diese Produkte besonders häufig im Einkaufswagen landen.

Was generell auffällt: Je nach Parteipräferenz unterscheidet sich die Wahrnehmung der Inflation erheblich. So überschätzen die Anhänger der AfD und des BSW sowie Nichtwähler diese am stärksten: Rund sieben von zehn Menschen in diesen Gruppen haben den Eindruck von starken Preiserhöhungen im vergangenen Jahr.

Im Schnitt beziffern AfD-Sympathisanten die Inflationsrate des Jahres 2024 auf knapp 19 Prozent, BSW-Wähler auf gut 18 Prozent.

Am anderen Ende des Spektrums stehen Anhänger der Grünen – unter ihnen nimmt weniger als ein Drittel die Preissteigerungen als stark wahr. Allerdings überschätzen auch sie die Inflationsrate mit im Schnitt knapp 11 Prozent deutlich.

Die unterschiedliche Wahrnehmung der verschiedenen Lager lässt sich nur teilweise damit erklären, dass Anhänger von Parteien am politischen Rand wie der AfD und dem BSW überdurchschnittlich oft ein niedrigeres Durchschnittseinkommen haben und so besonders stark von den steigenden Preisen für Lebensmittel und Energie betroffen sind. Ein weiterer Grund könnte sein, dass einige von ihnen generell die Richtigkeit der offiziellen Statistiken anzweifeln.

IW-Kurzbericht

Matthias Diermeier, Judith Niehues: (Überschätzte) Inflation – Potenziale für die politischen Ränder

Der Inflations-Irrglaube

So viel Prozent der Bundesbürger mit dieser Parteipräferenz stimmen der Aussage zu, die Verbraucherpreise seien im Jahr 2024 stark gestiegen



■ Durchschnittlich geschätzte Inflationsrate 2024

AfD	71,7	18,7
BSW	70,2	18,1
Nichtwähler	68,5	24,2
Die Linke	54,8	15,2
Insgesamt	53,1	15,3
SPD	49,7	13,7
CDU/CSU	44,9	13,1
FDP	41,4	15,2
Bündnis 90/Die Grünen	31,2	10,8

Tatsächliche Inflationsrate: **2,2 Prozent**

Quotenrepräsentative Befragung von 3.267 Bundesbürgern ab 18 Jahren im Dezember 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Gebaut, vertraut

Erneuerbare Energien. Deutschland braucht mehr Windräder, doch der Ausbau geht nicht so schnell voran wie geplant. Das liegt zum Teil an Vorbehalten in der Bevölkerung. Allerdings ist die Akzeptanz von Windkraft höher, wenn Menschen bereits in der Nähe von Windrädern leben.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland schwächelt: Für die Windenergie lag das Ziel im vergangenen Jahr bei acht Gigawatt (GW) neu installierter Leistung – tatsächlich hinzu kamen nur 3,3 GW. Ein Hoffnungsschimmer sind die Genehmigungen für noch nicht realisierte Neubauprojekte: 2023 stiegen sie um 78 Prozent auf 7,6 GW; 2024 um weitere 86 Prozent auf 14,1 GW.

Dass der Ausbau stockt, liegt auch an den Vorbehalten mancher Bevölkerungsgruppen. Besonders groß ist der Gegenwind im ländlichen Ostdeutschland – doch gerade dort wäre Akzeptanz wichtig, denn die weniger dicht besiedelten Regionen bieten den nötigen Platz für den Neubau.

Grundsätzlich befürwortet mehr als die Hälfte der Bundesbürger den Ausbau von Windkraftanlagen. Allerdings korrelieren die Einstellungen dazu stark mit der Parteipräferenz: Während fast neun von zehn Grünen-Anhängern den Ausbau gutheißen, tut dies nur etwas mehr als jeder fünfte AfD-Sympathisant.

Generell fällt die Akzeptanz der Menschen höher aus, wenn bereits Windkraftanlagen in ihrer Nähe stehen (Grafik):

Unter jenen Bundesbürgern, in deren Wohnumfeld noch keine Windräder stehen, sind nur 40 Prozent für den Ausbau. Die bereits bestehenden Windräder in ihrem direkten Umfeld befürworten dagegen rund 64 Prozent.

Um die Bevölkerung auch dort zu überzeugen, wo bislang keine Windräder stehen, müssen die Parteien die Menschen vor Ort besser einbinden – aktuell fühlt sich nur jeder Dritte ausreichend über den Windausbau informiert.

Ebenso könnten finanzielle Anreize die Zustimmung steigern. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ermöglicht seit 2021 eine kommunale Beteiligung in Höhe von 0,2 Cent je produzierte Kilowattstunde Strom.

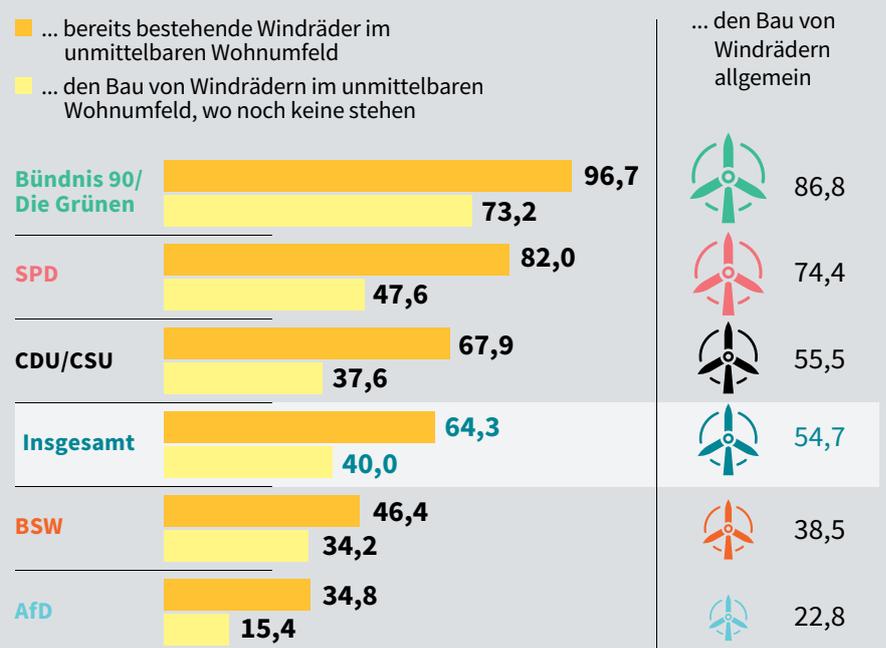
Neun Bundesländer haben seitdem entsprechende Beschlüsse erlassen oder Entwürfe vorgelegt, mit denen sie die Kommunen mit bis zu 20.000 Euro pro Windrad beteiligen – Geld, das zum Beispiel in die Infrastruktur fließen kann und so den Bürgern zugutekommt.

IW-Kurzbericht 8/2025

Matthias Diermeier, Andreas Fischer, Armin Mertens: Weniger Gegenwind vor Ort – Akzeptanz des Windausbaus

Windräder: Akzeptiert, wo bekannt

So viel Prozent der Bundesbürger mit dieser Parteipräferenz befürworten ...



Quotenrepräsentative Befragung von 2.180 Bundesbürgern ab 18 Jahren vom 30. Oktober bis zum 20. November 2024
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

Interview. Gefühle und subjektive Wahrnehmungen spielen eine große Rolle im aktuellen Wahlkampf, gleichzeitig verlieren die Parteien an Bindungskraft. Was die Politik dagegen tun kann, verrät **Matthias Diermeier**, Leiter des Kooperationsclusters Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft im IW.

„Es gibt keine einfachen Lösungen“

Auf einer Skala von null bis zehn: Wie wichtig ist die bevorstehende Bundestagswahl?

Die nächste Wahl ist immer die wichtigste, das ist wie beim Fußball.

Warum ist gerade diese Wahl so wichtig?

Wir brauchen eine handlungsfähige Regierung, die auf geopolitische Veränderungen und demografische Belastungen angemessen reagiert. Zentral ist aber: Die deutsche Wirtschaft steckt in einem Strukturwandel per Termin: Bis 2045 muss Deutschland klimaneutral sein und die Politik muss jetzt glaubhaft die Weichen dafür stellen. Insbesondere die langfristigen Investitionsentscheidungen, die etwa für die deutsche Industrie richtungsweisend sind, müssen jetzt getroffen werden. Wird nicht entschieden, dann reißen wir entweder die Klimaziele oder wir werden eine klimapolitische De-industrialisierung erleben.

Das alles kostet sehr viel Geld, das IW geht von zusätzlich benötigten 600 Milliarden Euro aus. Ist es in diesem Zusammenhang richtig

und sinnvoll, sich weiter zu verschulden?

Die öffentliche Hand kann Schulden aufnehmen und sollte dies explizit, wenn sie diese für Nettoinvestitionen in die Infrastruktur oder langfristig nutzbare Transformationsprozesse nutzt. Die Gefahr dabei ist, dass Politiker immer ein grundsätzliches Interesse daran haben, zu gestalten. Und zum Gestalten braucht man ebenfalls Geld.

Wir sehen zum Beispiel jetzt im Wahlkampf, dass keine der Parteien ein konsistentes Rentenreformpaket vorgelegt hat. Die Rente wird damit immer teurer und belastet den Bundeshaushalt immer stärker. Die Gefahr ist, dass bei einer Lockerung der Schuldenbremse das frische Geld in die Rente, die Pflege – also in den Sozialstaat – hineinfließen könnte. Wenn man eine solche Reform der Schuldenbremse angehen würde, wäre es wichtig, entweder eine Investitionsklausel einzubauen oder ein Sondervermögen mit klar definiertem Ziel und Verwendungszweck aufzulegen. Für beides

bräuchte es jedoch eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag.

Ein weiteres drängendes Problem, der Fachkräftemangel, lässt sich nicht mit Geld allein lösen.

Richtig, wir haben 13,2 Millionen Menschen, die in den nächsten zehn Jahren in Rente gehen und nur 8,5 Millionen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die gleichzeitig in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Fachkräfteproblematik, die die Unternehmen jetzt schon umtreibt, wird sich also weiter verschärfen. Es braucht deshalb eine qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland, um diese Lücke zu schließen.

Aktuell stellt sich Deutschland allerdings nicht gerade als ein Land dar, das für qualifizierte Zuwanderung attraktiv wäre. Eine ausländische Fachkraft, die vor der Frage steht, nach Deutschland oder in ein anderes Land auszuwandern, könnte sich angesichts der wirtschaftlichen Malaise der Bundesrepublik und der Art, wie hier über Migration gesprochen wird, für ein anderes Zielland entscheiden.

Müssten sich in diesem politischen und gesellschaftlichen Spannungsfeld auch die Unternehmen deutlicher für Fachkräfte aus dem Ausland stark machen?

Unternehmen und Unternehmer machen sich bereits sehr deutlich für Fachkräfte aus dem Ausland stark. Sie tun das auch, indem sie sich politisch stärker positionieren. In Deutschland war es lange Tradition, dass Unternehmen sich parteipolitisch enthielten. Sie hielten sich aus dem Wahlkampf heraus und gaben keine Wahlempfehlungen. Das hat sich mit dem Erstarken der AfD verändert. Aus unseren Befragungen wissen wir, dass sich mehr als jedes zweite Unternehmen in Deutschland explizit gegen die AfD ausspricht oder für Vielfalt, Toleranz und eine liberale Demokratie wirbt.

Sie haben herausgefunden, dass die Mehrheit der Bundesbürger es gar nicht gut findet, wenn Unternehmen politisch aktiv Stellung beziehen. Gleichzeitig sprechen sich viele Menschen dafür aus, dass Betriebe sich deutlich gegen politische Ränder abgrenzen sollen. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Auf den ersten Blick wirkt das paradox, dass die Menschen den Unternehmen diese politische Partizipation absprechen, sich aber gleichzeitig wünschen, dass sie sich gegen die AfD und zum Teil gegen das BSW positionieren. Wenn man aber in die Parteienanhängerschaft schaut, sieht man, woran das liegt: Insbesondere Anhänger linker Parteien wünschen sich sehr stark



Foto: IW

gerade dieses Engagement gegen den rechten Rand. Das scheint der Der-Feind-meines-Feindes-ist-mein-Freund-Logik zu folgen: In Milieus, wo die AfD sehr stark als Feindbild gilt, wünscht man sich Unterstützung aus der Wirtschaft, auch wenn man eigentlich der Wirtschaft relativ kritisch gegenübersteht.

Wie stark beeinflussen Gefühle und subjektive Wahrnehmungen den politischen Diskurs?

Politik ist etwas inhärent Affektives: Sämtliche Parteien bemühen sich, mit emotionalen Botschaften zu werben – für Klimaschutz, für mehr Investitionen, gegen Migration. Hinzu kommt, dass vor allem das Säen von Kritik an traditionellen Medienquellen, aber auch an der öffentlichen Statistik am rechten politischen Rand sehr verbreitet ist und insbe-

sondere von der AfD aktiv befeuert wird.

Wie könnte der Fokus wieder auf die Fakten gerichtet werden?

Es gibt keine einfachen Lösungen, auch deshalb, weil die Parteien in der Fläche nicht mehr stark genug sind, um die Menschen an den Stammtischen oder in den Vereinen zu erreichen. Diese abnehmende Bindungskraft, die ja auch andere Institutionen wie die Kirche oder die Gewerkschaften betrifft, wird man nicht einfach zurückdrehen können. Politik muss trotzdem versuchen, weniger von oben herunter und mehr von unten nach oben zu regieren. Doch das ist einfacher gesagt als getan. Denn bei der Suche nach mehr Partizipation darf wiederum die Umsetzungsgeschwindigkeit nicht aus dem Blick geraten.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Wartich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche

Rund



650.000

Wahlhelferinnen und Wahlhelfer sind laut Innenministerium in Deutschland während Bundestagswahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament im Einsatz. Sie überprüfen vor Ort die Wahlberechtigung, geben die Stimmzettel aus und vermerken die Wahlteilnahme im Wählerverzeichnis. Sobald die Wahllokale geschlossen haben, unterstützen sie beim Auszählen der Stimmen. Ganz ohne finanzielle Entschädigung bleiben die ehrenamtlichen Helfer dabei nicht: Sie erhalten ein sogenanntes Erfrischungsgeld, das laut Gesetz bei 35 Euro für die Vorsitzenden der Wahlvorstände und -ausschüsse liegt und bei 25 Euro für die übrigen Mitglieder. Allerdings dürfen Länder und Kommunen davon abweichen. Teilweise ist der entsprechende Aufschlag mittlerweile beachtlich, wie die Gisma University of Applied Sciences aus Hannover herausgefunden hat. So bekommen Wahlhelfer in diesem Jahr beispielsweise in Mannheim pauschal 100 Euro und in Dortmund winken 80 bis 100 Euro – doppelt so viel wie früher. Die Stadt Bielefeld, die wohl doch existiert, lockte wiederum mit einem Bonus für „Wiederholungstäter“, die schon bei der Europawahl 2024 geholfen haben. Vielleicht liegt es auch an diesen finanziellen Anreizen, dass es den Kommunen vor der Bundestagswahl 2025 merklich leichter gefallen ist als früher, Wahlhelfer zu rekrutieren, wie eine Umfrage des Städte- und Gemeindebundes in NRW ergeben hat.

Top-Liste: Arbeitende Ausländer

Migration ist eines der zentralen Wahlkampfthemen. Dabei wird oft außer Acht gelassen, wie viele Menschen mit ausländischem Pass bereits auf dem hiesigen Arbeitsmarkt Fuß gefasst haben: So zählte die Bundesagentur für Arbeit Ende Juni 2024 rund 5,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit ausländischer Staatsbürgerschaft – ihr Anteil an dieser Gruppe von Erwerbstätigen beträgt damit gut 16 Prozent. Trotz lahmender Wirtschaft und des fortschreitenden demografischen Wandels gab es in Deutschland im vergangenen Jahr unterm Strich eine Beschäftigungszunahme. Zwei Faktoren wirkten sich laut Statistischem Bundesamt positiv aus: die gestiegene Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung und die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte.

Ausländische Beschäftigte in Deutschland

So viele Personen mit der Staatsbürgerschaft dieses Landes gingen in Deutschland Ende Juni 2024 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach

1.		Türkei	578.945
2.		Polen	531.627
3.		Rumänien	522.426
4.		Italien	283.822
5.		Syrien	224.943
6.		Kroatien	206.938
7.		Ukraine	206.061
8.		Bulgarien	183.790
9.		Griechenland	153.177
10.		Indien	145.441
...			

Insgesamt 5.578.959

Beschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit: Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit werden grundsätzlich als Deutsche gezählt
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© 2025 IW Medien / iwd

iwd